

**An die Fraktionen und Landesverbände
von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
Die Linke in Berlin**

IBIM e.V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
mail@ibim.info
www.ibim.info

Stellungnahme von IBIM e. V. Berlin am Scheideweg: Gegen den Rechtsruck – ohne blinde Flecken beim Antisemitismus

Deutschland und Berlin befinden sich in einer politischen und gesellschaftlichen Situation, die weit über die Frage hinausgeht, welche Parteien künftig miteinander regieren. Der anhaltende Aufstieg der extremen Rechten, die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, Antisemitismus und Rassismus sowie gleichzeitig wachsende soziale Unsicherheit stellen die demokratischen Parteien vor eine besondere Verantwortung.

Für viele Menschen verbindet sich mit einer politischen Veränderung in Berlin deshalb die Hoffnung auf eine gesellschaftliche Trendwende: auf eine Politik, die soziale Sicherheit, bezahlbares Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe wieder stärker in den Mittelpunkt stellt und gleichzeitig Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus konsequent entgegentritt.

Berlin braucht einen politischen und sozialen Aufbruch

Die soziale Situation vieler Berlinerinnen und Berliner ist dramatisch. Steigende Mieten, Verdrängung, Armut und soziale Unsicherheit prägen längst nicht mehr nur einzelne gesellschaftliche Gruppen. Eine neue Berliner Regierung müsste daran gemessen werden, ob es ihr gelingt, diesen Entwicklungen tatsächlich etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig erleben wir einen scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der extremen Rechten in Deutschland. Wahlerfolge der AfD und die zunehmende Normalisierung rechtsextremer Positionen verändern das gesellschaftliche Klima.

Gerade deshalb kommt den demokratischen Parteien eine besondere Verantwortung zu. Millionen Menschen hoffen darauf, dass demokratische Politik wieder zeigen kann, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht alternativlos sind.

Antisemitismus darf dabei kein blinder Fleck sein

Diese Verantwortung betrifft jedoch nicht nur den Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie betrifft ebenso Antisemitismus und Israelhass innerhalb linker und progressiver Milieus. Insbesondere Die Linke muss sich mit Entwicklungen in den eigenen Reihen auseinandersetzen, die bei vielen Jüdinnen und Juden erhebliche Sorgen ausgelöst haben.

Bekenntnisse gegen Antisemitismus allein reichen nicht aus, wenn ihnen keine erkennbare politische Praxis folgt. Die Auseinandersetzung muss deshalb auch dort geführt werden, wo sie innerparteilich unbequem ist: bei der Dämonisierung Israels, bei antisemitisch anschlussfähigen Formen des Antizionismus und bei politischen Bündnissen und Netzwerken, in denen die Grenze zwischen legitimer Kritik an israelischer Regierungspolitik und grundsätzlicher Israel-Feindschaft überschritten wird.

Es besteht die Gefahr, dass sich politische Räume entwickeln, in denen sehr unterschiedliche Akteure durch ihre Gegnerschaft zu Israel zusammenfinden – von Teilen der radikalen Linken bis zu islamistischen oder nationalistisch-religiösen Milieus. Eine demokratische linke Partei muss gegenüber solchen Entwicklungen klare Grenzen ziehen.

Die Zukunft Berlins und die Lebenswirklichkeit von Millionen Menschen dürfen weder verkrusteten ideologischen Positionen noch einer romantisierten Vorstellung vermeintlich revolutionärer „Palästina-Solidarität“ untergeordnet werden.

Antidemokratische und antisemitische Strukturen auch in migrantischen Milieus klar benennen

Zu einer glaubwürdigen Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit gehört zugleich, den Blick nicht auf einzelne politische Lager zu verengen. IBIM e. V. beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Antisemitismus und antidemokratischen Entwicklungen gerade auch in türkisch- und türkeistämmig geprägten Milieus. Aus dieser Arbeit kennen wir relevante Akteure, Netzwerke, Narrative und Handlungsstrategien.

Diese Perspektive ist wichtig. Antisemitische, islamistische, nationalistische und andere antidemokratische Mobilisierungen müssen auch dann klar benannt werden, wenn sie aus migrantisch geprägten gesellschaftlichen Kontexten hervorgehen. Eine progressive Politik darf davor aus falsch verstandener Rücksichtnahme nicht zurückschrecken. Gleichzeitig darf der Blick auf solche Strukturen nicht dazu führen, Menschen mit Migrationsgeschichte pauschal unter Verdacht zu stellen. Gerade die unterschiedlichen Betroffenheiten innerhalb dieser Gesellschaft müssen wahrgenommen werden. Dazu gehören beispielsweise Alevitinnen und Aleviten, Kurdinnen und Kurden, Drusinnen und Drusen sowie Sinti und Roma, die selbst Ziel von Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus beziehungsweise gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und politischen Anfeindungen sein können.

Eine demokratische Politik muss deshalb beides können: antidemokratische Strukturen in migrantischen Milieus ohne falsche Scheu benennen und gleichzeitig diejenigen schützen und unterstützen, die innerhalb dieser Milieus selbst von Ausgrenzung, Bedrohung und Verfolgung betroffen sind.

Mit jüdischen Berlinerinnen und Berlinern sprechen – nicht über sie

Entscheidend ist deshalb der direkte Dialog. Die Sorgen jüdischer Gemeinden, jüdischer Organisationen und jüdischer Akteurinnen und Akteure sollten nicht lediglich Gegenstand politischer Erklärungen sein. Sie müssen gehört werden. Dazu gehören Gespräche mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und weiteren – ausdrücklich auch kritischen und unterschiedlichen – jüdischen Stimmen.

Gerade an dieser Stelle sehen wir auch bei aktuellen Initiativen Verbesserungsbedarf. Der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Sigmund Königsberg, erklärte gegenüber der taz, die Gemeinde habe von dem von Elif Eralp vorgestellten Fünf-Punkte-Programm aus den Medien erfahren. Unabhängig von der inhaltlichen Bewertung dieses Programms wirft dies eine grundsätzliche Frage auf: Wenn ein Maßnahmenprogramm Vertrauen schaffen und jüdisches Leben schützen soll, sollten jüdische Gemeinden und andere relevante jüdische Akteurinnen und Akteure möglichst bereits bei seiner Entwicklung beziehungsweise vor seiner öffentlichen Präsentation in einen ernsthaften Austausch einbezogen werden.

Ein Gespräch im Nachhinein kann einen solchen Dialog nicht vollständig ersetzen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um symbolische Termine oder darum, sich nachträglich Zustimmung für bereits getroffene Entscheidungen einzuholen. Es geht darum zuzuhören, Sorgen ernst zu nehmen, Widerspruch auszuhalten und die Konsequenzen politischen Handelns auch aus der Perspektive derjenigen zu betrachten, die unmittelbar von Antisemitismus betroffen sind.

Gerade angesichts der gegenwärtigen Vertrauenskrise wäre ein solcher Dialog ein wichtiges Signal.

Antisemitismus darf aber auch nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden

Gleichzeitig betrachten wir Versuche kritisch, die Diskussion über eine mögliche linke beziehungsweise progressive Regierung in Berlin pauschal mit dem Antisemitismusvorwurf zu delegitimieren. Gerade aus unserer eigenen Arbeit wissen wir, dass die politische Bilanz anderer Parteien keineswegs widerspruchsfrei ist.

IBIM e. V. arbeitet seit vielen Jahren praktisch in der Antisemitismusprävention – unter anderem mit einem besonderen Schwerpunkt auf Antisemitismus in türkisch-beziehungsweise türkeistämmig geprägten gesellschaftlichen Kontexten. Unser Projekt **„Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit in türkisch-nationalistischen Kontexten“** hätte auf den ersten Blick gerade für einen CDU-geführten Senat ein förderpolitisch naheliegendes Vorhaben sein können.

Unsere tatsächlichen Erfahrungen waren andere.

Nach dem Regierungswechsel im April 2023 war unser Projekt zunächst von der Streichung der Förderung durch die neue CDU-geführte Bildungsverwaltung bedroht. Durch die Intervention des Koalitionspartners SPD konnte dieses erste Streichungsvorhaben zunächst abgewendet und die Weiterförderung gesichert werden.

Anfang 2025 wurden wir jedoch erneut darüber informiert, dass die CDU-geführte Bildungsverwaltung die Förderung unseres Projekts ab März 2025 endgültig einstellen werde. Nach dieser Streichung konnte das Projekt durch die SPD-geführte Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung beziehungsweise die dort angesiedelte Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) weitergefördert werden – allerdings nur in einer finanziell deutlich gekürzten Fassung. Damit konnte unsere langjährig etablierte Arbeit zur Antisemitismusprävention in politischen und gesellschaftlichen Milieus mit Türkei-Bezug zwar fortgesetzt werden, jedoch unter erheblich eingeschränkten finanziellen Rahmenbedingungen.

Auch gegenwärtig ist die Zukunft unserer Arbeit ungewiss. Bis heute liegt uns keine Förderzusage für das kommende Jahr vor. Wir wissen daher nicht, ob und in welchem Umfang wir unsere Arbeit gegen Antisemitismus in politischen und gesellschaftlichen Milieus mit Türkei-Bezug ab Januar 2027 fortsetzen können. Dabei handelt es sich nach unserem Kenntnisstand um das einzige vom Land Berlin geförderte Projekt mit diesem spezifischen Schwerpunkt.

Diese anhaltende Unsicherheit steht in einem deutlichen Widerspruch zur immer wieder öffentlich betonten Bedeutung einer nachhaltigen und wirksamen Antisemitismusprävention. Gerade eine solche spezialisierte Arbeit, die über viele Jahre gewachsene Expertise, Zugänge und Vertrauensbeziehungen voraussetzt, braucht Kontinuität, verlässliche Strukturen und eine langfristig gesicherte Finanzierung.

Diese Erfahrung gehört für uns ebenso zu einer ehrlichen Bilanz Berliner Antisemitismuspolitik wie die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der politischen Linken. Antisemitismusbekämpfung verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie lediglich als Argument gegen den politischen Gegner eingesetzt wird.

Entscheidend ist die politische Praxis

Für SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke stellen sich deshalb unabhängig von möglichen Koalitionskonstellationen grundlegende Fragen:

- Wie kann soziale Politik mit einer konsequenten Verteidigung der demokratischen Gesellschaft verbunden werden?
- Wie wird Rechtsextremismus bekämpft, ohne Antisemitismus in anderen politischen und gesellschaftlichen Milieus zu relativieren?
- Wie kann Solidarität mit Palästinenserinnen und Palästinensern formuliert werden, ohne Israel zu dämonisieren oder das Existenzrecht und die Sicherheit Israels infrage zu stellen?



- Wie gehen progressive Parteien mit islamistischen, nationalistischen und anderen antidemokratischen Akteuren um, die versuchen, in ihre politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen hineinzuwirken?
- Und wie können jüdische Berlinerinnen und Berliner darauf vertrauen, dass ihre Sorgen nicht nur in Sonntagsreden vorkommen, sondern praktische politische Konsequenzen haben?

Berlin braucht eine Politik, die soziale Gerechtigkeit und den Schutz einer pluralistischen Demokratie zusammen denkt. Eine Politik, die Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unabhängig davon bekämpft, aus welchem politischen oder gesellschaftlichen Milieu sie kommen. Eine Politik, die zugleich die unterschiedlichen Betroffenheiten von Minderheiten in unserer Stadt wahrnimmt und sie nicht gegeneinander ausspielt. Und eine Politik, die den Mut besitzt, auch die eigenen politischen Milieus kritisch zu betrachten.

Daran sollten sich alle demokratischen Parteien messen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

ibim e. V.

Intersektionales Bildungswerk in der Migrationsgesellschaft